Nr. 48 Dienstag, den 26. Februar 1918 32. Jahrgang

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 58 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreis: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend ausschl. Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 18 — Fernruf 98

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Geschäftsstelle Bahnhofstraße 19 — Fernruf 250

Beginn der Etatsberatung im Reichstag. — Zwei Kanzlerreden.

Die Bedeutung der gestrigen Reichstagsrede des Reichskanzlers, sagt die „Germania", erstreckte sich in der Hauptsache nach zwei Seiten: Es galt für unseren leitenden Staatsmann, das vor den Ohren der ganzen Welt geführte Friedensgespräch mit dem Präsidenten Wilson fortzusetzen und Sinn und Ziele unserer militärischen Operationen im Osten klarzustellen. In der einen wie in der anderen Beziehung führte Graf Hertling eine offene und klare Sprache, die uns vor Mißverstehen und Mißdeutung von jeder Seite schützen muß, sobald man uns nicht mit bösem Willen gegenübersteht. Insbesondere Herr Wilson wird nicht sagen können, der Reichskanzler sei ihm eine gerade Antwort auf die von ihm aufgeworfene Frage nach den vier Grundbedingungen des künftigen Friedensschlusses schuldig geblieben. Der Kanzler hat von jedem einzelnen Punkt festgestellt, daß er sich durchaus mit seinen Auffassungen decke, daß er ihnen allen jedenfalls unumwundener zustimme, als — Wilsons Verbündete das tun. Damit ist wieder einmal aller Welt deutlich gemacht, wo das Friedenshindernis liegt. Graf Hertling hat auch nicht gezögert, mit der Hand darauf hinzuweisen, daß der Ententemächte Weigerung, sich ebenfalls durch die Tat zu Wilsons Auffassungen zu bekennen, allein den Frieden in immer weitere Fernen rückt.

Nach dem Kanzler sprach sein Stellvertreter Geheimer Rat von Payer über die kommenden innerpolitischen Aufgaben. Seine Rede und ihre Aufnahme auf der Rechten bewiesen, daß uns hier wohl größere Schwierigkeiten zu überwinden bleiben werden, als in der Kriegszielpolitik. Herr von Payer hatte augenscheinlich die Rechte schon damit gegen sich eingenommen, daß er ausführlich zur Wahlrechtsvorlage sprach. Man hört es auf gewissen Bänken augenscheinlich nicht gern, daß auch hier das Wort gilt, der einzelne müsse sich im Interesse der Gesamtheit unter Umständen Beschränkungen in seiner Freiheit selbst auferlegen, nicht nur der einzelne Bürger, sondern auch der mit einer Gesamtheit verbundene einzelne Staat. Diese Stimmung kam dann in Widerspruch zum Ausdruck, als Herr von Payer bei der an sich ruhigen Besprechung der letzten Streikbewegung das Wort anwandte, man müsse sowohl rechts wie links dem politischen Gegner wieder mehr den guten Glauben zubilligen. Und doch war die Kritik von Payers an der Ueberspannung der Politik, die man ganz rechts und ganz links übt, durchaus berechtigt. Er traf der Staatsweisheit selbstverständlichen Schluß, wenn er feststellte, daß nach dem Willen der Minoritäten nicht regiert werden könne.

*

Graf Hertling im Reichstag.

(182. Sitzung.) CB. Berlin, 25. Februar.

Die Sitzung begann mit einer kleinen Sensation. 2¼ Uhr und darüber ist es, das Haus ist dicht besetzt, ebenso der Ministertisch, an deren Spitze der Kanzler und sein Vertreter, aber — der Präsident fehlt. Atemlos erscheint mit einer Verspätung von 20 Minuten Vizepräsident Dr. Paasche und leitet sofort die Sitzung ein mit einem Nachruf auf den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, wobei er sich verspricht und vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin spricht. Ein Wort des Gedenkens für den 70jährigen König von Württemberg und eine warmherzige Anerkennung für die tapferen Führer des Hilfskreuzers „Wolf" — noch einige geschäftsordnungsmäßige Mitteilungen und

der Reichskanzler nimmt das Wort.

Das hohe Haus hat berechtigten Anspruch darauf, im Ausschuß und hier über die außenpolitische Lage und die von der Reichsleitung dazu eingenommene Stellung unterrichtet zu werden, obwohl ich anderseits gewisse Zweifel an dem Nutzen und Erfolg der von den Ministern und Staatsmännern der kriegführenden Mächte vor der Öffentlichkeit gehaltenen Zwiegespräche habe. Ich kann nicht finden, daß die Worte, die ich bisher zweimal hier gesprochen habe, im feindlichen Ausland eine objektive Würdigung gefunden hätten. Eine Besprechung im engeren Kreise würde den Vorteil haben, daß über alle die Einzelheiten, die bei der Lösung großer Konflikte zur Sprache kommen müssen, viel leichter eine Verständigung erzielt werden könnte. Dabei denke ich ganz besonders an

Belgien.

Zu wiederholtenmalen ist von dieser Stelle aus erklärt worden, daß wir **nicht daran denken, Belgien zu behalten.** Daß wir aber gegen die Gefahr geschützt sein müssen, daß der Staat, mit dem wir nach dem Kriege in Frieden und Freundschaft leben wollen, **nicht zum Aufmarschgebiet feindlicher Machenschaften** dienen wird. Die Mittel und Wege, die zu einer solchen Lösung führen würden, würden zweifellos am besten in einer engeren Gemeinschaft besprochen werden. Wenn also von der Gegenseite, etwa **von der Regierung in Le Havre** eine dahingehende Anregung kommen sollte, so **würden wir** uns nicht von vornherein ablehnend verhalten.

Wenn ich mich nun sogleich zu der

Botschaft des Präsidenten Wilson

vom 11. d. Mts. wende, so gebe ich zu, daß man vielleicht in dieser Botschaft eine kleine Annäherung finden kann. In dieser Annahme will ich mich sofort zu den vier Sätzen wenden, in denen die Ausführungen des Präsidenten Wilson gipfeln, und von denen er annimmt, daß sie die Grundlagen des allgemeinen Friedens bilden könnten. Der Reichskanzler verliest den ersten Satz, der bekanntlich lautet:

daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird:

und fügt hinzu: Wer wollte dem widersprechen? Der Satz, den der große Kirchenvater Augustinus vor eineinhalb Jahrtausenden ausgesprochen hat, „Gerechtigkeit ist die Grundlage der Königreiche", gilt noch heute, **denn nur der** Friede wird Bestand haben, der in allen seinen **Teilen von den Grundsätzen der Gerechtigkeit getragen wird.**

Der Reichskanzler verliest hier den zweiten Satz der Wilsonschen Botschaft, welcher lautet:

daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelt, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist.

Der Kanzler fügte hinzu: Das ist ein Satz, dem man zustimmen könnte. Man muß sich eigentlich wundern, daß der Präsident für nötig befunden hat, diesen Satz besonders einzuschärfen. Er lautet fast wie eine Polemik gegen längst verschwundene Zustände und Anschauungen. **Der dritte Satz,** der lautet, daß

jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;

ist doch nur eine weitere Ausführung des zuvor erwähnten Satzes. Er kann also in die dazu erteilte Zustimmung mit eingeschlossen werden. Endlich der vierte Satz, der da heißt,

daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen. Ein allgemeiner Friede auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden.

Auch diesem Satze stimme ich grundsätzlich zu.

Ich erkläre also mit dem Präsidenten Wilson, daß ich einverstanden bin, daß die von ihm aufgestellten Sätze die Grundlage einer Vereinbarung über den Weltfrieden bilden können. (Lebhafter Beifall.)

Nur ein Vorbehalt wäre zu machen: Diese Grundsätze müßten von allen Staaten und Nationen tatsächlich angenommen sein. (Sehr richtig.) **Der Reichskanzler streifte hier den Gedanken eines**

Völkerbundes,

der auf Gerechtigkeit und Wahrung des Friedens gestützt sei und bemerkte, daß er sich glücklich fühlen würde zu der Herbeiführung eines solchen Idealzustandes beitragen zu können. Allein die Haltung unserer Gegner zeige, daß dieses Ideal vorläufig ein frommer Wunsch bleiben werde. Unsere Kriegsziele sind bekanntlich von Anfang an die Verteidigung des Vaterlandes gewesen. Ich betone dies mit besonderem Nachdruck, um etwaige Mißverständnisse, bzw. unserer militärischen

militärischen Operationen im Osten

zu beseitigen. Unser Vorgehen in der Ukraine war bestimmt, die Früchte des Friedens mit diesem Lande zu sichern.

Ich betone ferner, daß wir gar nicht daran denken, uns in Livland oder Estland festzusetzen. Was wir wünschen, ist nur, mit den dort sich entwickelnden unabhängigen Staatsgebilden in Frieden und Freundschaft zu leben.

Der Reichskanzler teilt mit, daß die russischen Delegierten bereits nach Brest-Litowsk abgereist seien, nachdem die Petersburger Regierung im Prinzip unsere Friedensbedingungen angenommen hatte. Unsere Delegierten sind ebenfalls nach Brest-Litowsk abgereist.

Nachdem dann der Reichskanzler noch die rumänische und polnische Frage gestreift hatte, schloß er diesen Abschnitt seiner Rede mit den Worten:

„Sie werden aus meinen Darlegungen entnommen haben, daß wir jetzt vor der Aussicht stehen, daß auf der ganzen Ostfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer Frieden herrschen wird."

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien haben am gestrigen Tage in Bukarest in Gegenwart des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen begonnen. Es erscheint notwendig, daß dieser in den ersten grundlegenden Tagen dort anwesend sei. Nunmehr dürfte er sich alsbald nach Brest-Litowsk begeben.

Bei den Verhandlungen mit Rumänien ist zu bedenken, daß wir nicht allein daran beteiligt sind und wir die Verpflichtung haben, uns für berechtigte Interessen unserer Verbündeten: Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einzusetzen, um den Ausgleich etwaiger auseinandergehender Wünsche zu suchen. Das wird möglicherweise Schwierigkeiten geben; aber bei allseitigem guten Willen werden sich diese Schwierigkeiten überwinden lassen. Aber auch Rumänien gegenüber muß für uns der Grundsatz leitend sein, daß wir die Staaten, mit denen wir jetzt, auf den Erfolg unserer Waffen gestützt, Frieden schließen, zu unsern Freunden in der Zukunft machen müssen und machen wollen.

Wenn ich in diesem Zusammenhange ein Wort über **Polen** sage, für das neuerdings die Entente und auch Herr Wilson sich ganz besonders zu interessieren scheinen, so ist das Land bekanntlich durch die vereinigten Kräfte von Deutschland und Oesterreich-Ungarn aus der drückenden Abhängigkeit von dem zaristischen Rußland befreit worden mit der Absicht, einen selbständigen Staat ins Leben zu rufen, der in der ungehemmten Entfaltung seiner nationalen Kultur einen Pfeiler für den Frieden Europas werden sollte. Das staatsrechtliche Problem in unserm Sinne, die Frage, welche Verfassung der neue Staat erhalten soll, konnte begreiflicherweise nicht sofort entschieden werden und befindet sich auch jetzt noch im Stadium eingehender Beratungen zwischen den drei beteiligten Ländern. Zu den mancherlei Schwierigkeiten, welche hierbei zu überwinden sind, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, sind durch den Zusammenbruch des alten Rußlands noch die neuen hinzugekommen, welche sich aus der Abgrenzung des neuen Staates gegen die benachbarten russischen Gebietsteile ergibt.

Aus diesem Grunde hat das Bekanntwerden des Friedens mit der Ukraine in Polen im ersten Augenblick große Beunruhigung hervorgerufen. Ich hoffe aber, daß es bei gutem Willen gelingen wird, unter billiger Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse zu einem Ausgleich der Ansprüche zu gelangen. Auch die kundgetane Absicht, einen ernsten Versuch in dieser Richtung zu machen, hat schon jetzt zu einer großen Beruhigung in polnischen Kreisen geführt, was ich mit Genugtuung feststelle. Von deutscher Seite wird zur Regelung der Grenzfrage nur das aus militärischen Gründen Unerläßliche gefordert werden.

Wie Sie, m. H., aus den gegebenen Darlegungen entnommen haben, ist die Aussicht auf Frieden auf der gesamten Ostfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in greifbare Nähe gerückt und die des Krieges übersatte Welt, insbesondere auch in den neutralen Ländern, fragt sich in fieberhafter Spannung, ob damit auch der Zugang zum allgemeinen Frieden eröffnet sei. Aber noch scheinen die Entente, scheint man in England, Frankreich und Italien **völlig abgeneigt,** der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör zu geben. Im Gegensatz zu den Mittelmächten hat die Entente von Anfang an Eroberungsziele verfolgt. Sie kämpft für die Herausgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Ich habe dem früher Gesagten nichts hinzuzufügen. Es gibt keine Elsaß-Lothringische Frage **im internationalen Sinne** (Lebhafter Beifall), wenn es eine solche Frage gibt, so ist es **eine rein deutsche** Frage (Lebhafter Beifall). Die Entente kämpft für den Erwerb österreichisch-ungarischer Gebietsteile für Italien und wenn man in Italien dafür die schönen Worte von den heiligen Aspirationen, von dem heiligen Egoismus gefunden hat, so wird das Verlangen nach Annexionen damit nicht beseitigt (Sehr richtig). Sie kämpft für die **Abtretung Palästinas, Syriens und Arabiens vom Türkischen Reiche,** insbesondere auf die türkischen Gebietsteile hat England sein Augenmerk gerichtet. Es hat sich hierzu die Araber entdeckt und hofft, durch den Vorspann der Araber gleich durch die Schaffung eines von englischer Herrschaft abhängigen Schutzstaates dem englischen Reiche neue Gebietsteile anzugliedern. Daß die kolonialen Kriegsziele Englands auf Mehrung und Abrundung des gewaltigen englischen Besitzes namentlich in Afrika gerichtet sind, ist von englischen Staatsmännern wiederholt ausgesprochen worden.

Im letzten Abschnitt seiner Rede warf der Reichskanzler die Frage auf, ob zu hoffen sei, daß aus dem Frieden im Osten der allgemeine Weltfriede sich entwickeln könnte. Er glaubte, diese Frage verneinen zu müssen, und zwar auf die ganze Haltung der Westmächte hin. Freilich verschweige er nicht, daß auch aus jenen Reihen Stimmen der Vernunft und des Friedens zu hören seien. Dazu seien die Reden von Runciman und Lord Milner zu zählen. Mit erhobener Stimme schloß der Kanzler:

Wir können nur wünschen, daß diese Stimmen sich mehren. Aber dazu ist es die höchste Zeit. Denn die Welt steht zurzeit vor den größten, schicksalsschwersten Entscheidungen. Entweder die Feinde entschließen sich, der Stimme der Menschlichkeit und Vernunft Gehör zu geben und Frieden zu machen — unter welchen Bedingungen wir zur Verständigung bereit sein würden, wissen sie — oder sie meinen, den verbrecherischen Wahnwitz des Eroberungskrieges noch fortsetzen zu müssen. Dann werden unsere herrlichen Truppen unter ihren genialen Führern weiter kämpfen. Aber das Blut der Gefallenen, die Qual der Verstümmelten und all das Leid und die Not der Völker — sie werden über die Häupter derer kommen, die der Stimme der Menschlichkeit bis zum letzten Augenblick widerstanden haben." (Lebhafter Beifall auf allen Seiten. Händeklatschen auch auf den Tribünen).

Vizekanzler von Payer stellt sich zunächst dem Hause, dem er 36 Jahre als Abgeordneter angehört hat, in seinem neuen Amte vor. Er geht dann auf den Streik ein, der so sinnlos wie möglich gewesen sei, uns weder dem Frieden näher gebracht noch auch unsere Ernährungsschwierigkeiten zu mildern vermocht habe, und der auch als Protest gegen die unvermeidlichen Härten des Belagerungszustandes keinen Zweck gehabt habe. Ebenso unverantwortlich, wie dieser Streik aber sind die Friedensstörungen von rechts, wie z. B. die unlängst beim Bund der Landwirte gefallenen Äußerungen von dem künftigen Reichskanzler, auf den geschossen werden würde, der dann aber auch schießen lassen werde. (Stürmische Unterbrechung rechts. Zuruf: Unerhörte Zusammenstellung! Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.) **Wir müssen noch mehr als bisher einig sein und zusammenhalten."** (Stürmische Zurufe rechts: „Sie sind der Friedensstörer, fangen Sie an!") **„Wir müssen dem Auslande die Möglichkeit nehmen, auf unsere innere Uneinigkeit zu bauen."** (Erneute stürmische Zurufe rechts. Minutenlanger Beifall und Händeklatschen auf allen übrigen Seiten des Hauses.)

Im einzelnen sagte der Vizekanzler noch:

In bezug auf die Zensur werden Erleichterungen kommen. Und daß neue Steuern kommen, wird keinen Menschen überraschen. Die Klagen über Ernährungsschwierigkeiten sind begreiflich. Erzeuger und Verbraucher tun nicht immer das ihrige, um den nötigen Ausgleich herbeizuführen.

Eine Verkürzung unserer Brotration kommt zurzeit nicht in Frage.

Die Regierung denkt nicht daran, die für den Krieg notwendigen, aber auch nur für den Krieg geschaffenen Organisationen zu verewigen. (Bravo!) Sie hält es für falsch, an den wertvollen Unterlagen unseres Wirtschaftslebens, der Bewegungsfreiheit und der Initiative des Einzelnen zugunsten eines gewissen Staatssozialismus zu rütteln. (Bravo!) Aber es ist nicht daran zu denken, daß alle Kriegsorganisationen bei Ablauf des Krieges beseitigt werden können.

Ueber alle Einzelheiten hinweg möchte ich zum Schluß noch einmal zurückkommen auf die Mahnung, mit der ich begonnen habe, auf den Ruf nach

Zusammenhalt und Einigkeit.

(Lärmender Widerspruch und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Konservativen.) Es erscheint wirklich notwendig, gewisse Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens zu rügen. (Erneuter stürmischer Widerspruch. Zurufe: Ein schöner Staatsmann, der selbst verneinigt! Volksversammlungsredner!) Jahre der Not und der Entbehrungen liegen hinter uns, und vergleichsweise kurz ist dagegen menschlicher Voraussicht nach die Zeit, die uns noch vom Frieden trennen wird. Nur eins könnte unseren Feinden noch helfen: die deutsche Uneinigkeit hinter der Front. (Erneute große Unruhe und erregte Zurufe von links und recht.) Wir sind es unserem ruhmreichen Heere und seinen hervorragenden Führern schuldig ohne Ansehen der Person, a u f a l l e n S e i t e n d a s z u r ü c k z u s t e l l e n, w a s u n s t r e n n t. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen, und ebenso stürmischer und erregter Widerspruch und lärmende Zurufe.)

Vizepräsident Dr. **Paasche** schlägt vor, sich auf morgen 11 Uhr zu vertagen.

Abg. Frhr. **v. Gamp** (Dt. Fr.) schlägt vor, um 1 Uhr zu beginnen.

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Ich bitte, erst um 2 Uhr anzufangen, wir müssen unbedingt vorher den Wortlaut der herausfordernden Rede des Stellvertreters des Reichskanzlers haben.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Etat).

Begründete Aussicht auf Frieden mit Rußland.

wtb. Berlin, 25. Febr. Bei der heutigen Rede im Reichstage machte der Reichskanzler Graf v o n H e r t l i n g folgende Mitteilung:

„Gestern ist die Nachricht eingetroffen, daß die Petersburger Regierung unsere F r i e d e n s b e d i n g u n g e n a n g e n o m m e n und V e r t r e t e r zu weiteren Verhandlungen nach B r e s t - L i t o w s k abgesandt hat. Demgemäß sind auch die d e u t s c h e n D e l e g i e r t e n gestern abend dorthin a b g e r e i s t. Möglich, daß über Einzelheiten noch gestritten wird, aber die H a u p t s a c h e i s t e r r e i c h t. Der Friedenswille wird von russischer Seite ausdrücklich kundgetan. U n s e r e B e d i n g u n g e n s i n d a n g e n o m m e n. D e r F r i e d e n s s c h l u ß m u ß i n k ü r z e s t e r Z e i t e r f o l g e n."

*

Die Mittelmächte wollen verhandeln.

Nach einer Reutermeldung empfing die Funkenstation Darskoje Selo am 24. um Mitternacht ein Funkentelegramm, gerichtet an den Rat der Volksbeauftragten und unterzeichnet Hoffmann, in dem mitgeteilt wird, daß die deutsche Antwort um sechs Uhr morgens dem russischen Kurier ausgehändigt worden sei, der sofort die Rückreise angetreten habe.

Ein zweiter Funkspruch an Trotzki gerichtet, und Graf Czernin unterzeichnet, teilt mit, daß Österreich-Ungarn, zusammen mit seinen Verbündeten, Friedensverhandlungen einzuleiten bereit sei.

Neutrale Blätter behaupten, daß bereits in den letzten Tagen zwischen Berlin und Petersburg ein Telegrammaustausch über die Vorbedingungen neuer Friedensverhandlungen stattgefunden habe. Die Meldung scheint nach vorstehenden Funksprüchen falsch zu sein. Sicher ist, daß nun die Vorarbeit für neue Verhandlungen im Gange ist. Wann diese Verhandlungen beginnen, ist noch nicht festgesetzt.

*

Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 25. Februar.

Die Verhandlungen mit Rumänien haben, wie von zuständiger Seite berichtet wird, nunmehr begonnen. Über den Verlauf ist bisher natürlich noch nichts bekannt. Wie zu erwarten steht, dürfte auch die Frage der r u m ä n i s c h e n D y n a s t i e bei diesen Verhandlungen mit in den Kreis der Erörterungen gezogen werden. In Berlin wie in Wien scheint man aber einstweilen geneigt zu sein, so sehr man sich noch immer des frivolen Treubruchs und des heimtückischen Überfalles der Rumänen und ihres Königs erinnert, die Thronfrage als eine innere rumänische Angelegenheit anzusehen, deren Lösung die eigene Sache des rumänischen Volkes sein wird.

Peter Carp gegen den König.

Der frühere rumänische Ministerpräsident Peter Carp hat der von Jassy nach Bukarest entsandten Delegation eine Erklärung überreichen lassen, in der es heißt, daß ein Verbleiben König Ferdinands auf dem Thron, selbst wenn der König einen Frieden mit den Mittelmächten unterzeichnen wollte, eine Reihe von Erschütterungen und eine Erschwerung der Heilung der durch eine falsche Politik verursachten Wunden im Gefolge haben müßte.

Peter Carp war von vornherein ein Gegner der Politik Bratianus und hat seiner Anschauung wiederholt Ausdruck gegeben. Nach der Einnahme der rumänischen Hauptstadt durch die Verbündeten ist er in Bukarest geblieben.

Der neue bayerische Vertreter.

Der bayerische Staatsminister Graf Podewils muß sich auf dringenden ärztlichen Rat einige Zeit Schonung auferlegen und kann daher an weiteren Friedensverhandlungen vorerst nicht teilnehmen. An seiner Stelle ist der Geheime Legationsrat von der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, v. Schoen, abgeordnet, der bereits die Reise nach Rumänien angetreten hat. — v. Schoen war in den Jahren 1903 bis 1908 der bayerischen Gesandtschaft in Petersburg, dann der bayerischen Gesandtschaft beim Quirinal zugeteilt und wirkt seit 1910 als erster Referatsbeamter der bayerischen Gesandtschaft in Berlin. 1917 wurde er zum stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten ernannt.

Die Frage der Dobrudscha.

Die bulgarische Abordnung ist in Bukarest eingetroffen. Ihr Führer ist der Finanzminister Tontschew. Vor seiner Abreise erklärte Tontschew in der Sobranje, die einen neuen Kriegskredit von einer Milliarde bewilligte, er hoffe bald in der Lage zu sein, mitteilen zu können, daß diese schwere Last nicht von den Bulgaren getragen werde. Er sei voller Zuversicht, daß er von den Verhandlungen mit dem von allen Bulgaren an der Front wie im Hinterlande ersehnten und erwarteten Ergebnis heimkehren werde. Die Aufmerksamkeit der bulgarischen Nation, die sich der beiden in den Jahren 1878 und 1913 erlittenen Amputationen ihrer Nordgrenze erinnere, werde augenblicklich auf die Frage der Dobrudscha gerichtet sein, die die Bulgaren als einen wesentlichen Bestandteil ihres Vaterlandes ansehen.



*

Kein Ultimatum an Griechenland.

In neutralen und Ententeblättern wurde neuerdings behauptet, in Griechenland befürchte man unmittelbar nach dem Zustandekommen des Friedens mit Rumänien ein Ultimatum der Mittelmächte. Wie wir an unterrichteter Stelle hören, ist an diesen Gerüchten und Befürchtungen nichts Wahres. In Berlin besteht keine solche Absicht. Vermutlich ist das Gerücht geflissentlich von der Entente verbreitet worden als ein neuer Versuch politischer Brunnenvergiftung in Griechenland.

Thronwechsel in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 25. Februar.

Die Nachricht von dem unerwarteten Tode des Großherzogs Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz hat das ganze Land in tiefe Trauer versetzt, und ganz Deutschland würdigt den Schmerz der Landeskinder um den so früh Heimgegangenen. Die Trauer und das Mitgefühl werden noch verstärkt durch die Tragik, die über das Ende des Entschlafenen gebreitet liegt. Großherzog Adolf Friedrich war am 23. nachmittags spazieren gegangen. Als der hohe Herr bis zum Abend nicht zurückgekehrt war, bemächtigte sich der Dienerschaft große Unruhe. Man machte sich auf die Suche, die die ganze Nacht ergebnislos blieb. Erst am Sonntag vormittag wurde mit Hilfe des herbeigerufenen Militärs die Leiche des Großherzogs im Kammer-Kanal, eine Stunde vom großherzoglichen Palast entfernt, mit einer Schußwunde in der Schläfe aufgefunden. Der Verstorbene wurde ins Parkhaus gebracht, das er sich als Erbgroßherzog gebaut hatte und das er auch jetzt bewohnte. Weitere Anordnungen sollen heute im Laufe des Tages getroffen werden, da man auf die Rückkehr des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin aus Gmunden wartete.



Großherzog Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz †

Großherzog Adolf Friedrich VI. war am 17. Juni 1882 zu Neustrelitz als drittes Kind des in Berlin am 11. Juni 1914 verstorbenen Großherzogs Adolf Friedrich geboren, er hat also nur ein Alter von nicht ganz 36 Jahren erreicht. Nachdem er in München studiert hatte, widmete er sich dem Heeresdienst und trat 1903 als Leutnant bei dem 1. Garde-Ulanen-Regiment in Potsdam ein, aus dem er als Rittmeister 1912 ausschied. Kürzlich ist er zum Generalmajor befördert worden. Der Großherzog, der häufig seine Truppe an der Front besuchte, war Inhaber der Eisernen Kreuze 1. und 2. Klasse. In deutschen Landen wird es unvergessen bleiben, wie der Entschlafene jede Gelegenheit wahrnahm, um getreu seiner Proklamation bei Regierungsantritt, treu zu Kaiser und Reich zu halten, seine Liebe zum deutschen Vaterlande zu betätigen.



Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin

In den letzten Tagen hatte seine Umgebung an dem Großherzog eine tiefe Schwermut bemerkt, die alle mit ernster Sorge erfüllte, zumal er sich völlig abschloß. Auf dem Schreibtisch des Verstorbenen wurden mehrere versiegelte Briefe gefunden, die vielleicht Aufschluß über das tragische Ende des jungen Monarchen geben werden. Der Großherzog war unvermählt, von seinen beiden Schwestern ist die ältere, Herzogin Marie, die Gattin des Prinzen Julius Ernst zur Lippe, während die jüngere den Kronprinzen Danilo von Montenegro geheiratet hat. Das Haus Mecklenburg-Strelitz ist mit dem Tode des Großherzogs Adolf Friedrich VI. im erbfolgeberechtigten Mannesstamm erloschen, denn von den Brüdern seines Großvaters hat Herzog Karl Michael vor vier Jahren die Aufnahme in den russischen Staatsverband nachgesucht, er ist außerdem unverheiratet, Herzog Alexander, der 1909 starb, war nur morganatisch vermählt, seine Nachkommenschaft kommt also für die Erbfolge nicht in Frage. Die Regierung des Strelitzer Landes geht nunmehr auf den Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin über, da nach dem Hamburger Vertrage im Falle des Erlöschens des Mannesstammes des einen der beiden großherzoglichen Häuser der Erstgeborene des anderen Hauses thronberechtigt ist.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

24. Februar. An vielen Stellen der Westfront regs Erkundungstätigkeit der Engländer und Franzosen — Französische Angriffe westlich von Mülhausen brechen zusammen — Im Estland nähern unsere Truppen sich Reval — Bei der Einnahme von Walk und von Balbinowo werden je 1000 Gefangene gemacht.

25. Februar. Im Westen Artillerie- und Minenwerferkämpfe — Deutsche Truppen besetzen Pernau und Dorpat; auf dem Wege dorthin werden 3000 Russen gefangen. — In der Ukraine erreichen unsere Vortruppen Schitomir.

Dorpat genommen.

Deutsche Vortruppen in Schitomir.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 25. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Vielfach Artillerie- und Minenwerferkampf. An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgefechte, die uns östlich von Armentières Gefangene und Maschinengewehre einbrachten.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

Unsere Truppen besetzten Pernau. Ein Estenbataillon hat sich dort dem deutschen Kommando unterstellt. — Ihren Divisionen voraus haben gestern vormittag die Sturmkompagnie 18 und die 1. Schwadron Husaren-Regiments 16 Dorpat genommen. Auf dem Wege dorthin wurden 3000 Gefangene und viele Hundert Fahrzeuge erbeutet. Diese fliegende Abteilung hat somit in 5½ Tagen über 210 Kilometer zurückgelegt.

Heeresgruppe Linsingen.

In Rowno ist der gesamte Stab der russischen „Besonderen Armee" in unsere Hände gefallen. Ihr Oberbefehlshaber war entflohen.

Vortruppen erreichten Schitomir und nahmen dort Verbindung mit ukrainischen Truppen auf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

Der Einmarsch in die Ukraine.

Die Bewohner der ukrainischen Gebiete, durch die unsere Truppen jetzt kommen, verhalten sich ohne Unterschied der Nationalität ruhig, gleichmütig, in das Schicksal ergeben. Die Großrussen, ebenso wie Ukrainer, Polen und Juden. Auch die Elemente, die bisher an den anarchischen Zuständen profitierten, fügen sich ruhig in die neuen Verhältnisse. Es ergibt sich das absonderliche Bild, daß die Deutschen, wie bei dem Einzug in Luck, in Städte kommen, die voll sind von russischen Truppen. Die Russen gehen freiwillig in Kriegsgefangenschaft. Die Ukrainer gehen nach rückwärts in die Aufstellungsbezirke der neuen ukrainischen Divisionen, oder sie gliedern sich den deutschen Truppen an, denen sie vor allem das technische Personal abgeben: Chauffeure, Telegraphisten, Eisenbahntruppen, die auch als Dolmetscher wertvolle Hilfe leisten. Aber auch die großrussischen Kriegsgefangenen dürfen sich in bestimmten Bezirken frei bewegen. Den Offizieren hat man sämtlich die Waffen gelassen, sie haben sich durchweg vorbehaltlos auf die deutsche Seite gestellt. Sie haben zu tief unter der Revolution gelitten, um in den Deutschen etwas anderes zu sehen, als die Retter und Befreier aus höchster Not. Es sind Obersten und Generale darunter, die den Deutschen in den Karpathen, am San und Bug, am Stochod und vor Tarnopol als Gegner gegenüberstanden. Die Deutschen haben sie aus Gefängnissen befreit, in denen sie ihre Hinmordung erwarteten, denn die Bolschewiki planten in der Ukraine einen allgemeinen Offiziersmord. Mancher von ihnen hatte Tränen der Rührung in den Augen, als er aus deutscher Hand Degen und Offiziers-Epaulettes zurückerhielt.

*

Der Gebrauch giftiger Gase.

Zu dem Aufruf des Genfer Internationalen Komitees gegen den Gebrauch giftiger Gase bemerkt das W. T. B.: Die Praxis hat ergeben, daß beide Parteien im Gas ein wirksames Kampfmittel zu besitzen glauben. Nur derjenige wird sich gern zu seiner Abschaffung entschließen, der in der Anwendung des Mittels unterlegen zu sein fürchtet. Es wird behauptet, militärische Kreise der Entente stehen dem Aufruf sympathisch gegenüber. Sollte das nicht ein Zeichen für die überlegene Wirkung unserer Gase sein? Denn daß die Entente aus „Menschlichkeit" sich zur Abschaffung des Gaskampfes entschließen könnte, wird ja doch kein Verständiger glauben. Wir Deutschen begrüßen alle Versuche, dem Völkerrecht und der Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen, mit Freude; wir lehnen es aber ab, uns übertölpeln zu lassen. Der Entwicklung der Angelegenheit sehen wir mit Ruhe und gutem Gewissen entgegen.

*

Neue Versenkungen.

TU. Berlin, 26. Februar. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden von unseren U-Booten fünf Dampfer und zwei Fischerfahrzeuge versenkt. Zwei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Die Fischerfahrzeuge waren die englischen Segelschiffer Polker und der französische Segelschiffer Marconia.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

wtb. Berlin, 25. Febr. Der K a i s e r hat anläßlich der Rückkehr des Hilfskreuzers „Wolf" an den Kommandanten, Fregattenkapitän N e r g e r, folgendes T e l e g r a m m gerichtet:

„Ich heiße Sie und Ihre tapfere Besatzung nach langer, erfolgreicher Kreuzfahrt durch alle Ozeane herzlich willkommen in der Heimat. Indem Ich Ihnen hiermit den Orden P o u r l e m é r i t e verleihe, lasse ich für den Stab und die Besatzung des Hilfskreuzers eine Anzahl E i s e r n e r K r e u z e 1. und 2. Klasse folgen. Ihnen allen wünsche ich ein f r o h e s W i e d e r s e h e n mit den Ihrigen und gute Erholung nach den langen Entbehrungen und Anstrengungen."

Paderborn, 26. Febr.

Kleine Kriegspost.

Stuttgart, 25. Febr. Kriegsminister General der Infanterie v. Marchtaler ist zum Generaloberſten befördert worden.

Zürich, 25. Febr. Nach französischen Blättermeldungen ist die Absicht der Verteidigung Petersburgs aufgegeben worden, da die Werke in schlechtem Zustand seien. Die Räumung Revals sei beendet.

Stockholm, 25. Febr. Die russische Oberste Heeresleitung an der Nordfront, die übrigens gänzlich aufgehört hat zu existieren, wurde nach einer Beratung der Vertreter der im Norden stehenden Divisionen gänzlich aufgehoben. An ihre Stelle ist ein Triumvirat gewählt worden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Der **Vizekanzler v. Payer** wird, wie wir hören, von nun ab in seiner Eigenschaft als stimmberechtigtes Mitglied des Bundesrats für Preußen auch den stellvertretenden Vorsitz im Bundesrat führen. — Bei der Übernahme des Postens als Vizekanzler hat Herr v. Payer übrigens auch, wie wir weiter vernehmen, sein Amt als Aufsichtsratsmitglied der Frankfurter Zeitung niedergelegt.

+ Gegenüber der von einigen Berliner Blättern gebrachten Mitteilung, daß das Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau den **Aufruf des österreichischen Polenklubs** veröffentlichte, stellt das Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau fest, daß der Aufruf des Polenklubs von der Wiener parlamentarischen Korrespondenz „Polnische Nachrichten" veröffentlicht wurde. Dem Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau lag nach der Veröffentlichung des Aufrufs in Ausübung seiner Berichterstattungspflicht als internationaler Nachrichtenagentur und seiner vertragsmäßigen Verpflichtung gegenüber anderen Nachrichtenagenturen die Verbreitung dieses Aufrufes ob.

+ Für ein **Wirtschaftsbündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn** hat sich der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband erneut ausgesprochen. Es soll auf Grund eines einheitlichen Zolltarifschemas ein einheitlicher Zolltarif vereinbart werden, dessen Zollsätze nicht durchweg die gleichen für beide Gebiete zu sein brauchen. Man wünschte, daß eine wesentlich vermehrte Freiliste für den wechselseitigen Verkehr in Aussicht genommen werde, doch sei dem bei den wirtschaftlichen Verschiedenheiten der zwei Gebiete sich ergebenden besonderen Schutzbedürfnisse einzelner Warengruppen durch Ausgleichszölle Rechnung zu tragen.

Italien.

× **Über die italienischen Kriegsziele** sprach der Minister des Äußeren Sonnino in der Kammer. Er führte dabei u. a. aus: Unsere Ansprüche Österreich-Ungarn gegenüber haben zwei Grundlagen, ethnische und die legitime Sicherheit zu Lande und zu Wasser. Die ethnischen Gründe sind an sich klar und geheiligt durch die italienische Seele der „unerlösten" Länder. Ebenso klar sind auch die Gründe der legitimen Sicherheit zu Lande und zu Wasser. Das Schicksal Albaniens hat ein besonderes Interesse für Italien und hängt eng zusammen mit der Adriafrage, die für Italien eine Lebensfrage ist, ebenso wie unser direkter und sicherer Besitz von Valona und seinem Gebiet. Nach den Reden Sonninos und Orlandos sprach die Kammer mit 340 gegen 44 Stimmen das Vertrauen aus.

Aus In- und Ausland.

Hamburg, 25. Febr. Auf der nationalliberalen Tagung betonte der Vorsitzende der Landtagsfraktion Dr. Lohmann im Anschluß an eine Rede Stresemanns, daß er die Einheit der nationalliberalen Partei nicht gefährden werde. Diese Ausführungen werden als Beweis für das Einlenken der Mehrheit der Landtagsfraktion in der Wahlrechtsfrage aufgefaßt.

Christiania, 25. Febr. Die Blätter melden, daß zwischen Norwegen und den Vereinigten Staaten ein Wirtschaftsabkommen geschlossen ist, an dem auch die übrigen Verbandsstaaten beteiligt sind.

Budapest, 25. Febr. Die Getreidepreise sollen für 1918 eine Erhöhung von 20 % erfahren.

Budapest, 25. Febr. Der Ernährungsminister Prinz Windischgrätz erklärte einem Berichterstatter, es seien Verhandlungen im Zuge, um Deutschland gewisse Mengen Borstenvieh gegen Tausch anderer Waren zu überlassen.

Stockholm, 25. Febr. Nach übereinstimmenden Meldungen aus Petersburg verschlimmert sich die Lage angesichts des deutschen Vormarsches sehr. Die Gefahr einer Besetzung Petersburgs bestehe diesmal ernstlich. In Petersburg gehe das Gerücht um, Trotzki werde zurücktreten.

Genf, 25. Febr. Wie „Oeuvre" meldet, ist Caillaux unter Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Der Verteidiger verlangte eine chemische Analyse.

Bern, 25. Febr. „Matin" meldet aus Madrid: Garcia Prieto gibt bekannt, die spanische Regierung habe beschlossen, die neue finnische Regierung anzuerkennen und die Beziehungen zu dieser Regierung aufzunehmen.

Politische Kinder.

Der Sozialismus hat es sich in den Kopf gesetzt, die Welt von dem Übel dieses Krieges zu erlösen, und man muß es ihm lassen: wenn Reden und Resolutionen, wenn Versammlungen und Kongresse auf den Gang der Dinge den Einfluß ausüben könnten, den ihre Veranstalter gemeinhin von ihnen erwarten, der letzte Schuß wäre schon längst gefallen, im Osten wie im Westen. Aber auch diese Illusionspolitiker müssen sich allmählich eingestehen, daß es so doch nicht gehen wird, daß es stärkerer Mittel bedarf, um den Kriegsgott von seinem Thron herunterzureißen. Der internationale Sozialismus hat es, nach dem Scheitern der Stockholmer Bemühungen, aufgegeben, sein Wort noch in die Wagschale dieses Völkerstreites werfen zu können. Statt seiner hat nun der interalliierte Sozialismus sich auf die Socken gemacht: die Führer der westmächtlichen Arbeiterparteien haben sich in London zusammengetan und wenigstens ein ententesozialistisches Friedensprogramm vereinbart, da ihre Regierungen ihnen jede Berührung mit Gesinnungsgenossen der Mittelmächte als ein todeswürdiges Verbrechen aufs strengste untersagt hatten. Aber freilich, was ist da wieder herausgekommen! Man möchte es nicht glauben, wenn es nicht schwarz auf weiß zu lesen wäre als das mutmaßliche Ergebnis tagelanger Verhandlungen. Sehen wir zu, wie die Herrschaften sich die Sache ungefähr vorstellen.

Es sind lauter alte, wenn auch nicht gute Bekannte, die wir auf dieser Liste wieder vorfinden. Da ist zuerst und vor allem natürlich Belgien, das, unter Aufsicht eines internationalen Ausschusses, von der deutschen Regierung wiederhergestellt werden muß. Damit wir uns aber nicht etwa einbilden, mit dieser Leistung irgendeinen Anspruch auf Gegenleistung erwerben zu können, wird sofort hinzugefügt, daß Armenien, Mesopotamien und Arabien natürlich nicht unter die grausame Herrschaft der Türken zurückkehren dürfen. Wenn die Völker dieser Gebiete nicht imstande sein sollten, über ihr eigenes Geschick zu bestimmen, so wüßten sie von einem Ausschusse verwaltet werden, der unter Aufsicht des Völkerbundes stehe. Gibt es etwas einfacheres als diese geniale Lösung? Man schreit nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen — wo man aber fürchten muß, damit keine guten Geschäfte zu machen, hat man sofort einen köstlichen Ersatz bei der Hand: man entscheidet sich für einen Ausschuß, dessen Zusammensetzung natürlich ohne Mitwirkung der beteiligten Völkerschaften geregelt werden soll, und unterstellt ihn dem famosen Völkerbund, der nichts weiter ist oder werden soll als eine Erfindung, dazu bestimmt, den Mittelmächten und ihren Verbündeten auf unblutigem Wege den Willen ihrer Feinde aufzuerlegen. Heiter ist dabei nur, wie diese sonderbaren Friedensleute Armenien in einem Atemzuge mit Mesopotamien und Arabien nennen, während doch am Kaukasus die „grausame" Herrschaft der Türken, nach dem freiwilligen Abmarsch der Russen, längst wieder hergestellt ist. Das ist eine Kleinigkeit, die große Geister nicht weiter berühren kann — weshalb sie auch ganz wacker die Dardanellen der gleichen Aufsicht des Völkerbundes unterstellen, ungeachtet der immerhin nicht wegzuleugnenden Tatsache, daß es weder den Engländern noch auch den Russen gelungen ist, den Türken diese Lebensader ihrer Existenz mit Waffengewalt zu entreißen. So versteht es sich denn auch von selbst, daß die Völker italienischen Blutes, die außerhalb der Grenze Italiens geblieben sind, mit ihrem Mutterlande vereinigt werden müssen, und es nimmt sich nur ungemein komisch aus, wenn die Konferenz der Sozialisten trotz dieses Wahrspruches über die „Eroberungsziele des italienischen Imperialismus" mißbilligend den Stab bricht. Sie gibt ihm also mit der einen Hand alles, was er begehrt, und züchtigt ihn mit der andern wegen eben dieser seiner Begehrlichkeit. Ein einfacheres Mittel, weltbewegende Konflikte zu lösen, kann es wirklich nicht geben. Dann kommen Serbien, Montenegro, Albanien an die Reihe: natürlich muß alles zu ihrem Besten geregelt werden, und darüber hinaus wird, damit auch die lieben Tschechen nicht zu kurz kommen, schlankweg verfügt, daß jedes Volk vollständig frei über sein eigenes Schicksal muß bestimmen können, unabhängig von irgendwelchen Forderungen Österreich-Ungarns, der Türkei oder eines anderen Staates. Ist das nicht großartig? Aber der Höhepunkt ist damit noch nicht erreicht. Die Herren tun uns kund und zu wissen, daß irgendeine Annexion in Livland, Kurland und Litauen durch das Deutsche Reich ein flagrantes Unrecht und eine Verletzung der internationalen Gesetze sei und deshalb unbedingt zu unterbleiben habe. Welche Gesetze das sein sollen, zu deren Hütern die lieben Genossen sich hier aufwerfen, wird uns schamhaft verschwiegen, und ebenso fehlt jede Anweisung, wie wir uns zu verhalten haben, wenn vielleicht diese Völkerschaften kraft ihres Selbstbestimmungsrechtes dazu gelangen sollten, ihren staatlichen Anschluß an Deutschland zu erklären. Dürfen wir sie dann in unseren Verband aufnehmen oder dürfen wir nicht? Wir sind untröstlich über diese Lücke. Aber wenn es so weit ist, wird das Verbot aus London hoffentlich pünktlich zur Stelle sein. Und um auch das nicht zu vergessen: Elsaß-Lothringen muß natürlich an Frankreich zurückgegeben werden, glatt und bedingungslos, ohne Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung. Hier bedarf es keiner umständlichen und ungewissen Abstimmung oder sonstiger Förmlichkeiten — das Land gehört zu Frankreich, obwohl es deutsch ist; anders kann es, meinen die Propheten des Sozialismus, keinen Frieden in Europa geben. Es ist ganz gut so, daß sie ihr innerstes Sinnen und Trachten so hüllenlos bloßstellen. Um so leichter für die deutsche Sozialdemokratie, mit dieser Sorte von Gesinnungsgenossen jede Gemeinschaft abzuweisen.

Politische Kinder — was kann man anderes von ihnen erwarten? Mit verbundenen Augen laufen sie in der Weltgeschichte umher und bilden sich ein, daß sie sich nach ihren Beschlüssen zu richten habe. Ach nein, sie geht über solche Lächerlichkeiten zur Tagesordnung über, und wer von seinen Illusionen nicht lassen mag, der kommt unter die Räder. Das Beispiel des russischen Sozialismus sollte den Herrschaften doch einiges zu denken geben.

Dr. Diederich Hahn gestorben.

Hamburg, 25. Februar.

Mit Diederich Hahn, der in einem hiesigen Krankenhause verstorben ist, verschwindet aus dem öffentlichen Leben Deutschlands eine Persönlichkeit, deren Energie, Zielbewußtsein, Wissen und geistige Kraft auch dem politischen Gegner Hochachtung und Anerkennung abzwang. Gemeinsam mit Dr. Rösicke und dem Frhrn. von Wangenheim leitete der Verstorbene seit 1897 die große Agrarierbewegung mit starker Entschlossenheit und entschiedenem Erfolge. Dem Reichstage gehörte Dr. Hahn, der aus Osterdeich im Kreise Neuhaus a. d. Oste stammte, in den Jahren 1893—1903 und 1907—1912 an. Seit 1893 war er auch Mitglied des Abgeordnetenhauses. Während des Krieges stellte er sich als Hauptmann zur Verfügung und leitete als Kommandant eine Etappe im Westen. Auch hier hat er nach übereinstimmendem Zeugnis ganz Hervorragendes geleistet. Nun ist er abberufen worden und die Tragik will es, daß er jetzt an der 25. Tagung des Bundes der Landwirte, der er sonst das Gepräge seines Geistes gab, nicht teilnehmen konnte. Mit der Geschichte der deutschen Landwirtschaftsbewegung wird sein Name unauflöslich verbunden bleiben.

Wer unserem Goldschatz dem Vaterlande gibt, entwendet nichts, sondern ehrt das Andenken der Toten!

Auf zur Goldankaufsstelle!

Die Goldankaufsstelle befindet sich im Rathause und ist jeden Mittwoch nachmittag von 3—6 Uhr geöffnet.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 27. Februar.

Sonnenaufgang	6^{54}	Monduntergang	6^{48} V.
Sonnenuntergang	5^{32}	Mondaufgang	7^{45} N.

1900 Dichter Albert Möser gest. — 1915 Eroberung französischer Stellungen bei Blâmont-Celles in 20 Kilometer Breite und 6 Kilometer Tiefe. — 1916 Die österreichisch-ungarischen Truppen besetzen Durazzo.

□ **Freimachen von Eilsendungen nach Landorten.** Viele Eilbriefsendungen und Eilpakete an Empfänger, die im Landbestellbezirk einer Postanstalt wohnen, werden von den Absendern unzureichend freigemacht; oft werden dafür nur die Gebühren für die Eilbestellung im Ortsbestellbezirk (25 Pf. für die Briefsendungen und 40 Pf. für Pakete) vorausbezahlt. Zur Fernhaltung von Weiterungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Vorausbezahlung des Eilbestellgeldes für Sendungen an Empfänger in Landorten ohne Postanstalt für Briefsendungen 60 Pf., für Pakete 90 Pf. zu entrichten sind.

□ **Für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts im März** hat der Reichskommissar für Kohlenverteilung, falls mindestens zehn Tonnen monatlich in Frage kommen, eine erneute Meldung in der Zeit vom 1. bis 5. März vorgeschrieben. Hierzu sind die März-Meldekarten mit blauem Druck zu benutzen, die bei den zuständigen Ortskohlen-, Kriegswirtschafts- oder Kriegsamtstellen erhältlich sind. Diese Stellen erteilen auch Auskunft über die Meldepflicht in Zweifelfällen. Wer nicht rechtzeitig oder falsch meldet, hat Ausschließung von der Kohlenbelieferung zu gewärtigen.

— Zur Berufswahl. Die Regierung in Minden hat eine Verfügung erlassen über die Erlernung eines Gewerbes seitens derjenigen aus der Volksschule austretenden Schüler. Es sei eine bedauerliche Tatsache, daß in vielen Gewerben ein Mangel an Lehrlingen bestehe. Die Lehrer sollen durch den Unterricht und persönlich auf die Kinder und deren Eltern einwirken und auf die hohe Bedeutung eines festen Lehrverhältnisses hinweisen, ebenso notwendig erscheine die Einwirkung auf die Mädchen, anstatt in die Fabriken zu gehen, sich für hauswirtschaftliche Arbeiten in Familien zu vermieten.

Paderborner Stadtchronik.

„Ehrt eure deutschen Meister, denn bannt ihr gute Geister!"

Man schreibt uns: Dieser Tage hat in Bad Kreuznach eine Festsitzung der Stadtverordneten stattgefunden, in der man den beiden größten Männern der „Eisernen Zeit" das Ehrenbürgerrecht verliehen und außerdem zwei der schönsten Straßen der Stadt auf die Namen dieser beiden Großen umgetauft hat. Die Elisabethenstraße heißt künftig Hindenburgstraße, die Königstraße Ludendorffstraße. Auf ähnliche Weise haben sehr viele deutsche Städte ihre Dankbarkeit und Verehrung den unvergleichlichen Führern unserer siegreichen Heere abgestattet. Auch die Stadt Paderborn hat eine Ehrung s. Zt. durch den Magistrat dieser Art versucht. Man beschränkte sich dabei auf die Benennung von Straßen, die weit ab und ganz außerhalb der Stadt liegen. Gewählt wurden Straßen die zwischen dem Exerzierplatz und der Lippspringer Chaussee liegen. Dort liegt der Hindenburg-Damm und unweit davon die Mackensen-Brücke und die Mackensen-Rampen. Für den Generalquartiermeister hat man hier noch keine Straße reserviert. In der auf die Bekanntgabe des Magistrats folgenden Stadtverordnetensitzung hat man mit Recht Bedenken über diese Lösung der Ehrungsfrage geäußert und auch die Ausschaltung der Stadtverordneten bemängelt. Oberbürgermeister Plaßmann vertrat darauf den Standpunkt des Magistrats, dem allein die Regelung von Straßenbezeichnungen zukomme und suchte dabei auch die getroffene Wahl der Straßen als gute Lösung zu begründen. Trotzdem blieb man aber in allen Kreisen der Bürgerschaft der Meinung, daß die in Paderborn erfolgte Ehrung Hindenburgs und Mackensens recht unglücklich ausgefallen ist. Warum wählte man in Paderborn nicht ebenfalls Straßen, die dem Herzen Paderborns und damit dem Herzen der Paderborner Bürgerschaft näher liegen? Da es in weitgehendem Maße auch der Wunsch der Bürgerschaft ist, die großen Männer des Volkes geehrt zu sehen, war es auch nicht richtig, daß man die eigentliche Vertretung der Bürger, die Stadtverordneten, bei der Beschlußfassung nicht nicht hinzuzog. An den Rechten des Magistrats soll nicht gerüttelt werden, aber in diesem Falle durfte man schon etwas weiter gehen. Dann wäre vielleicht eine glücklichere Lösung gefunden worden, jedenfalls hätte es dann an weiteren Anregungen dazu nicht gefehlt. Die hier gewählten Straßenzüge werden bezüglich ihrer Lage und Bedeutung wie erwähnt, als nicht glücklich gewählt betrachtet. M.-Gladbach taufte z. B. seine Hauptverkehrsstraße in Hindenburgstraße um. Düsseldorf wählte ebenfalls eine seiner alten Hauptstraßen, konnte das in Paderborn nicht ebenfalls geschehen? Sogar die Westernstraße hätte man unbedenklich als Hindenburgstraße nehmen können. Besonders geeignet erscheinen auch die Promenaden vor den Stadtmauern. Man denke nur an den Gierswall, den Heierswall und den Busdorfwall. Wir haben da z. B. Heiersmauer, Heiersstraße und Heierswall; dann Giersmauer, Giersstraße und Gierswall, ferner Bußdorf, Bußdorfmauer, Busdorfwall. Den Fremden fällt es einigermaßen schwer, sich in diesen fast gleichlautenden Straßenbenennungen zurecht zu finden und namentlich der postalische Verkehr wird durch diese „Verwandtschaft" so vieler Straßennamen gehemmt. Hier konnte mann mit Ehrungen sogar noch Verbesserungen schaffen. Da man hier neben Ludendorff ja vielleicht noch diesen oder jenen von den Großen unserer Zeit zu ehren beabsichtigt, sollen diese Ausführungen gleichzeitig Anregungen darstellen, die vielleicht auch die Stadt veranlassen,



einer Korrektur der vorjährigen Beschlüsse näher zu treten. Die Bürgerschaft würde gewiß dies nur begrüßen.

*

Wichtige Fahrplanänderungen.

* **Ein neues Schnellzugspaar** mit Postbeförderung wird vom 1. März ab von Köln nach Berlin und umgekehrt über Paderborn gefahren. D 37 verläßt Köln abends um 8 Uhr 4, ist in Paderborn 11 Uhr 47 und in Berlin um 7 Uhr 50 früh. D 38 verläßt Berlin um 10 Uhr sonnds, ist in Paderborn 5.27 Uhr früh und in Köln um 9.20 Uhr. Dieses Zugpaar wird über Hildesheim geleitet. Dagegen fallen vom 28. Februar die M.-U.-Z. 17, 18, 29 und 30 und ebenso vom 1. März ab auch die Schnellzugspaare 33 und 34 und 35 und 36 vorübergehend wieder aus. Das neue Zugpaar muß also einstweilen die ausfallenden Nachtzüge ersetzen, während für die ausfallenden Tagesschnellzüge ein Ersatz leider nicht geschaffen wurde. Hoffentlich währt die Einstellung dieser Züge nicht allzulange.

*

— Erbrochen und beraubt wurden in der Nacht auf Montag abermals die Schaukästen an dem Geschäftshause der Firma Schartenberg von bisher noch unbekannten Tätern.

— Eine Wohltätigkeitsaufführung des Bonifatius-Sammelvereins findet am kommenden Sonntag nachmittag im Bürgerverein zum Besten seiner armen Diasporakinder statt. Wir wollen nicht verfehlen, auf diese Veranstaltung auch an dieser Stelle nachdrücklich hinzuweisen und sie der zahlreichsten Beteiligung zu empfehlen.

* **Ein Meteor** wurde gestern abend genau 7½ Uhr M. E. Z. über der Stadt beobachtet in Gestalt einer von WNW nach OSO gehenden Feuerkugel, die anfangs, als sie gesehen wurde, einen scheinbaren Durchmesser von über ein halbes Meter hatte, dann sich immer verkleinerte und tiefer ging, bis sie den Blicken entschwand. — Nähere genaue Mitteilungen über die Erscheinung sind unserer Schriftleitung willkommen und werden wissenschaftliche Verwendung finden.

Von Nah und Fern.

* Salzkotten, 25. Februar. Bei einem Hamsterer am hiesigen Bahnhof wurden 40 Pfund Fleisch, 40 Pfund Wibbelbohnen, 40 Pfund Erbsen und 150 Eier beschlagnahmt.

⊙ **Minden**, 24. Febr. In der Nacht zum Sonntag vernichtete eine gewaltige Feuersbrunst die Fabrikanlagen der Firma Tengelmann, Kaffee-Großrösterei, Friedrich-Wilhelmstraße 91. Die Entstehungsursache hat sich zur Zeit noch nicht feststellen lassen. Höchstwahrscheinlich ist das Feuer in der Lagerei, wo größere Mengen roher Gerste und Haferspelz lagerten, ausgekommen. Auch die Kontorräume sind durch Feuer vernichtet.

× Köln, 22. Februar. Ein freundliches Gesicht zeigte der heutige Hauptmarkt. Für die jetzige Jahreszeit waren die Zufuhren an Gemüse reichlich. Auch die städtische Obst- und Gemüseabteilung wartete mit ansehnlichen Mengen auf; an über 200 Kleinhändler konnten zur Marktbeschickung 1550 Zentner Weißkohl, Speisemöhren, Krauskohl, rote Beeten und Steckrüben abgegeben werden. Heute brachten Bauern bereits frischen Spinat zur Markthalle. (Von Paderborn wird gerade das Gegenteil berichtet).

Vermischtes

○ **Ein Deutsches Erfindungsinstitut.** Eine gemeinnützige Organisation der Erfindertätigkeit in Deutschland ist das Ziel einer Gesellschaft, die in Gießen begründet wurde. Sie ging aus Anregungen der in Frankfurt erscheinenden Wochenschrift „Umschau" hervor.

⊙ **Großfeuer in den Werftanlagen Newyorks.** Bei den Werftanlagen für Unterseeboote und dem Depot des Generalquartiermeisters in Newyork hat dieser Tage ein außerordentlich heftige Feuersbrunst gewütet. Mehrere hundert Kaie sowie viele Leichterschiffe und Frachtwagen wurden dabei zerstört. Der Feuerwehr, die von Soldaten unterstützt wurde, war es nicht möglich, der Flammen Herr zu werden. Erst nachdem man mittels Dynamit einen großen Teil der Werften in die Luft gesprengt hatte, um einer weiteren Ausdehnung des Feuers vorzubeugen konnte man das Feuer so weit beschränken, daß die Werftabteilungen, in denen neue Schiffe gebaut werden, gerettet werden konnten.

⊙ **Explosion in einer Granatenfüllanstalt.** Bei einer Explosion in einer Granatenfüllanstalt in Moulins (Frankreich) wurden zehn Personen getötet und dreißig verletzt. Es brach Feuer aus. Ein Postamt wurde zerstört, ein anliegendes Pulvermagazin konnte gerettet werden.

Letzte Nachrichten.

Ein Beileidstelegramm des Kaiserpaares.

Neu-Strelitz, 25. Febr. Wie die Landeszeitung meldet, haben der Kaiser und die Kaiserin heute folgendes Telegramm gesandt: „Großherzogin Elisabeth von Mecklenburg-Strelitz. Aufs tiefste erschüttert durch die Nachricht vom plötzlichen Ableben Deines Sohnes, sprechen wir Dir Unser von Herzen kommendes Beileid aus. Gott gebe Dir Kraft in dieser schweren Stunde! Vor wenigen Wochen war er noch so frisch im Hauptquartier. Welch' schweres Leid für das Land! Wilhelm. Viktoria."

Die Dobrudscha für Bulgarien.

Budapest, 25. Febr. Ungarischen Blättern zufolge sollen bei dem Friedensschluß mit Rumänien Bulgariens Ansprüche auf die Dobrudscha als eine Besitzung der Mittelmächte vertreten werden.

Die russischen Truppen schießen nicht.

Haag, 25. Febr. Nach einer Petersburger Meldung der „Times" wollen die russischen Truppen dem Vordringen der Deutschen keinen Widerstand leisten und keinen Schuß abgeben, um jedes Blutvergießen zu vermeiden.

Nach Redaktionsschluß eingegangen.

Ungarns Ansprüche an Rumänien.

TU. Budapest, 26. Februar. Die ungarische Regierung wird im Verlaufe der Friedensverhandlungen mit allen Nachdruck für die Sicherung des ungarischen Grenzbezirkes eintreten. Graf Andrassey erklärte, Ungarn könne von einer Grenzberichtigung nicht absehen. Auch Graf Tisza fordert Bürgschaft von Rumänien um eine eventuelle Gefährdung Ungarns für die Zukunft zu verhüten.

Amerikanische Truppentransporte für Italien.

TU. Lugano, 26. Februar. Die Sperrung der italienischen Grenze wird längere Zeit dauern. Angeblich sollen amerikanische Truppen nach der italienischen Front gebracht werden. Aus diesem Grunde soll sich gestern auch der amerikanische Militärdelegierte im italienischen Hauptquartier nach Rom begeben haben.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner, in Paderborn.

Bonifatius-Sammelverein.
(BÜRGERVEREIN PADERBORN)
Sonntag, d. 3. März, präzise anfangend 5 Uhr
Wohltätigkeits-Aufführung
zum Besten
seiner armen Diasporakinder.
Einlasskarten im Vorverkauf bei
Pommer, Rathausplatz und Bahnhofstrasse 1.00 Mk.
An der Abendkasse 1.25 Mk.

Fortsetzung des Michelis'schen Verkaufs.
Mittwoch, den 27. Februar 1918, vorm. 9 Uhr anfangend
kommen in der Werkstatt der Frau Witwe Schlossermeister Michelis,
Westernmauer Nr. 52 in Paderborn
eine Partie Kasten- u. Einsteck-Schlösser, Schlüssel, Tür- u. Fensterbeschläge aller Art, Tür-Drücker, -Schließer, -Griffe, -Schellen, elektrische Schellen und Elemente, Tür- und Fensterfitschen, Griffe Schubriegel, Sturmhaken, Gitterspitzen, Feilen, Hämmer, Niete, Schrauben, Spiralbohrer, 1 Schlüsselständer, 3 Schraubstöcke, eine Bohrmaschine und mehrere Regale zum Verkauf.
Der Verkauf findet während des ganzen Tages statt und wird nötigenfalls am folgenden Tage fortgesetzt.
Christian Buschhorn, beeid. Auktionator,
Friedrichstraße 35, Fernruf 158.

Bei
Hals- u. Lungenleiden
aller Art, wie Katarrhen, tuberkulösen Erkrankungen, Asthma u. s. w. erzielten, wie zahlreiche Mitteilungen von Ärzten, Apothekern und Leidenden einwandfrei beweisen, unsere
Rotolin-Pillen
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.
Husten, Verschleimung, Auswurf,
Nachtschweiß, Stiche im Rücken u. Brustschmerz hörten auf; Appetit u. Körpergewicht hoben sich rasch; allgemeines Wohlbefinden stellte sich ein. — Erhältlich die Schachtel zu 2.50 M. in allen Apotheken; wenn nicht vorrätig, auch direkt von uns durch unsere Versandapotheke.
Ausführliche Broschüre kostenlos durch:
Ploetz & Cie., Berlin SW. 68.

Weiße Tüllstoffe
für Blusen u. Gardinen
geeignet,
wieder vorrätig
Wilh. Grünewald,
Weberstrasse 13.

Bekanntmachung.

Viehzählung am 1. März 1918.

Damit die Bevölkerung möglichst einheitlich mit Fleisch versorgt wird, ist es unerläßlich, die für die Ernährung in Frage kommenden Viehbestände jedesmal kurz vor einer neuen Umlage festzustellen.

Durch Bundesratsbeschlüsse vom 30. Januar und 9. August 1917 ist daher auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (RGBl. S. 327) verordnet worden, daß am 1. März und 1. September 1917 beginnend, im Deutschen Reiche bis auf weiteres vierteljährlich eine kleine Viehzählung vorzunehmen ist, die sich auf Pferde, ohne Militärpferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Federvieh (Gänse, Enten und Hühner) erstreckt. Gemäß dem Bundesratsbeschluß vom 6. November 1917 werden auch diesmal die Verwendungsart der Pferde und die Zahl der Zuchteber und Zuchtsauen erfragt.

Für das Königreich Preußen wird die Zählung wie bisher auch auf die Kaninchen sowie die Trut- und Perlhühner ausgedehnt. Ferner werden die unter drei Monate alten Kälber getrennt in „unter sechs Wochen alte" und in „sechs Wochen bis noch nicht drei Monate alte" erhoben.

Die Ergebnisse der Viehzählungen dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher gemeinnütziger Aufgaben, wie Hebung der Viehzucht.

Ueber die in den Zählbezirkslisten enthaltenen, den Viehbesitz des einzelnen betreffenden Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Die Angaben dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, insbesondere nicht zu Steuerzwecken benutzt werden; wohl aber dürfen sie für die Aufbringung der Viehseuchen-Entschädigung verwertet werden. Die Ergebnisse der Zählungen sind nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt und dürfen ohne höhere Genehmigung dritten Personen nicht mitgeteilt werden.

Das Gelingen der Zählung hängt wesentlich von der Mitwirkung der selbständigen Ortseinwohner durch Austeilung, Ausfüllung und Wiedereinsammlung der Zählpapiere und von dem Zusammenwirken der Zähler mit den Vorständen der viehbesitzenden Haushaltungen ab. Letztere ersuche ich deshalb, den Zählern ihr Amt nach Möglichkeit zu erleichtern und ihnen unnütze Wege und Arbeiten zu ersparen.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung vom 30. Januar 1918 (RGBl. S. 81) oder der nach § 2 dieser Verordnung erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden.

Minden, den 9. Februar 1918.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

Viehzählung

statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, ohne Militärpferde, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und sämtliches Federvieh.

Am Zähltage vorübergehend (auf Reisen, Führen usw.) abwesendes Vieh ist bei der Haushaltung, zu der es gehört, mitzuzählen und da, wo es nur zufällig und vorübergehend anwesend ist (Ausspannung usw.) nicht zu zählen.

Am 1. März verkauftes Vieh ist stets beim Verkäufer nicht beim Käufer zu zählen.

Das bei Schlächtern (Fleischern, Metzgern) und Händler stehende oder am Zähltage eintreffende und in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März 1918 beförderte zum Schlachten oder Verkaufe bestimmte Vieh ist bei den Schlächtern usw. zu zählen, sofern die Tiere nicht erst am Zähltage gekauft sind.

Das in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März 1918 mit der Eisenbahn beförderte Vieh ist auf dem Empfangsbahnhofe zu zählen. Das aus dem Auslande eingeführte Vieh wird, wie bisher, auch mitgezählt.

Als Militärpferde gelten alle zu militärischen Zwecken gehaltenen Pferde, für die nach der Verpflegungsvorschrift Rationen in Natur oder in Geldvergütungen vorgesehen sind. Die Krümperpferde der Truppen und die von der Militärverwaltung ausgeliehenen Pferde gelten als Militärpferde. Pferde der Landgendarmerie gelten nicht als Militärpferde.

Viehherden und einzelne Stück Vieh sind stets in der Gemeinde oder dem Gutsbezirke zu zählen, wo sie sich auf der Weide oder in Fütterung wenn auch nur vorübergehend befinden und zwar bei der Haushaltung desjenigen, in dessen Obhut oder Pflege sie stehen, wenn es auch nicht der Eigentümer ist.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund dieser Verordnung aufgefordert wird, nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 ℳ bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen" erklärt werden.

Paderborn, den 23. Februar 1918.

Der Landrat.

Trauerbriefe, Totenzettel liefert schnell und billig Paderborner Anzeiger

Pferde- und Rindviehversicherungs-Verein a. G.
für den Kreis Paderborn.
Eine
außerordentliche
General-Versammlung
findet am Donnerstag, den 7. März 1918, nachmittags 4 Uhr im Saale der Gastwirtschaft, Heithecker, hier, statt.
Tages-Ordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung über Aenderung der Satzungen. (Betr. Angliederung einer Ziegen-Versicherung u. sonstige zweckmäßige Aenderungen).
2. Mitteilungen.
Paderborn, den 23. Februar 1918.
Der Vereins-Direktor:
von Laer.

Bekanntmachung
Das Verzeichnis der Handwerkerinnungen und Gewerbevereine des Kreises Paderborn liegt während einer achttägigen Frist beginnend mit Mittwoch, den 27. Februar 1918 vormittags von 9—12 Uhr im Büro 12 des Kreishauses am Bußdorfwall 42 zur Einsicht aus.
Etwaige Beschwerden sind binnen 14 Tagen nach Beendigung der Auslegung auf dem vorgenannten Büro anzubringen.
Paderborn, 25. Febr. 1918.
Der Landrat.

Zwangs-Versteigerung.
Mittwoch, 27. Februar, nachmittags 4 Uhr,
werde ich bei der Wirtschaft Hoßfeld in Lippspringe
1 Sofa, 1 Kleiderschrank, 2 Bettstellen mit Betten
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Paderborn, 25. Febr. 1918.
J. Beckmann.

Bei der Eilgutabfer Paderborn Hbf. bleib. Annahmeschluß um 6 Uhr abends nach dem 28. Febr. d. Js. bis auf weiteres bestehen, damit die tagsüber aufgelieferten Eilgüter noch am Auflieferungstage abbefördert werden können.
Kgl. Eisenbahn Verkehrsamt Paderborn.

Erste Arbeiterin der Schneiderbranche
in Anprobe und Zuschneiden bewandert, sucht passenden Wirkungskreis.
Gefällige Angebote unter Nr. 164 an die Geschäftsstelle des Paderborner Anzeigers.

Weiße und gelbe Steckrüben
abzugeben.
Lippspringe, Grünestr 6.
Erste Etage.

Kaffeebrenner
2 Pfund fassend, sehr preiswert wieder lieferbar, da neue Sendung eingetroffen.
Kaufmann,
Paderborn, Westernstr. 20.

Kartoffelbedarfs-Anmeldung.
Diejenigen Familien des Kreises Paderborn, die im Frühjahr und Sommer noch Bedarf an Kartoffeln haben, werden ersucht die erforderliche Menge bis zum 5. März schriftlich oder mündlich bei Herrn Ratsherrn Heising, Marienplatz 2 anzumelden.
Paderborn, 26. Febr. 1918.
Magistrat der Stadt Paderborn
Abteilung:
Lebensmittelversorgung.

In den nächsten Tagen eintreffend
Kali Düngesalz
Bestellungen rechtzeitig erbeten.
Conr. Lüthemeyer,
Kohlenhandlung.
Bad Lippspringe, Detmolderstr. 14.

Kaffebrenner
Waffeleisen
Pickerpfannen
Karbidlampen
wieder eingetroffen.
B. Wieseler,
Paderborn, Königstraße 26.